

Die „Arbeit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Rote Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend“.

Die Jahrgangsposteneinsparung über deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M.

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Fünfländer-Konferenz

Günstiger Verlauf der Verhandlungen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Der offizielle Bericht über die Nachmittagsitzung vom Sonnabend lautet:

Frankfurt a. M., 25. Februar.

Die Sitzung wird um 5 Uhr mit demselben Bureau wie am Vormittag eröffnet. Im Namen der französischen Delegation legt Genosse Blum ein Resumé der Denkschrift seiner Partei über die beiden Fragen der Wiedergutmachung und der Entwaffnung vor. Es wird beschlossen, in die allgemeine Diskussion nicht einzutreten und die Kommissionen mit der Prüfung dieser Probleme und der Resolutionsentwürfe zu betrauen.

Tom Shaw von der englischen Labour party teilt mit, daß er und seine Kameraden ebenfalls eine Denkschrift über den Wiederaufbau mitgebracht haben, und bittet, daß diese gleichweise durch die Kommissionen geprüft werde. Die Konferenz pflichtet dieser Anregung bei.

Vandervelde von der belgischen Arbeiterpartei weist darauf hin, daß an der Konferenz in Genua wahrscheinlich Vertreter der Sowjetrepublik und bestimmt auch Vertreter der deutschen Mehrheitssozialisten teilnehmen werden.

Die eingesehten Kommissionen sehen sich wie folgt zusammen: Reparationskommission: Johnson und Jowett (England), Wels und Stampfer (S. P. D.), Dilmann und Silberding (U. S. P.), Vandervelde und De Jardin (Belgien), Leon Blum und Marion (Frankreich);

Entwaffnungskommission: Tilt, Parcell, Wallhead, Gillies (England), Wolff Braun und Silber Schmidt (S. P. D.), Crispin und Rosenfeld (U. S. P. D.), Gubin und Desinne (Belgien), Renaudel, Grumbach, Longuet (Frankreich).

Die Frage der allgemeinen Konferenz

Ihre baldige Einberufung nach Berlin beschlossen

Am Freitag, den 24. Februar, traten in der Geschlechterstube des Frankfurter Rathhauses die Vertreter der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (I. A. S. P.) zu Vorverhandlungen über die Frage der Einberufung einer Konferenz, auf der die Parteien aller Richtungen des Klassenbewußten Proletariats vertreten sein sollen, zusammen. Den Ausgangspunkt dieser Bemühungen bildete der Aufruf, den das Bureau der I. A. S. P. Mitte Januar an die Arbeiterparteien aller Länder gerichtet hat. In diesem Aufruf war der Vorschlag enthalten, eine Verbindung der drei Exekutiven von London, Moskau und Wien herzustellen, um die Frage zu prüfen, ob durch sie eine gemeinsame Einberufung einer allgemeinen Konferenz möglich sei. Die Moskauer Exekutive hat in ihrer vorläufigen Antwort erklärt, daß sie die Frage in der Sitzung ihrer erweiterten Exekutive, die im Februar in Moskau stattfindet, prüfen wolle. Das Ergebnis dieser Sitzung ist noch nicht bekannt. Die Exekutive der Zweiten

Internationale sprach den Wunsch aus, die Frage in mündlichen Beratungen mit den Vertretern der I. A. S. P. zu prüfen. Diese Verhandlungen begannen Freitag unter dem Vorsitz von Tom Shaw (England) und Ledebour (Deutschland), die in herzlichen Worten den gemeinsamen Willen, für das große Ziel der Aktionsfähigkeit der Internationale zu arbeiten, zum Ausdruck brachten. Nachdem Shaw die Hauptgesichtspunkte der Zweiten Internationale, Friedrich Adler (Österreich) jene der I. A. S. P. dargelegt hatte, fand eine gemeinsame Aussprache statt, an der abwechselnd ein Vertreter der Zweiten Internationale und ein Vertreter der I. A. S. P. teilnahmen. Es ergriffen das Wort: Bliegen (Holland), Grimm (Schweiz), Vandervelde (Belgien), Longuet (Frankreich), Wels (Deutschland), Wallhead (England), Andersen (Dänemark). Da noch mehrere Redner vorgemerkt waren, wurde um 7 Uhr abends die Aussprache auf Sonntag vormittag vertagt.

In der Sonntagsitzung brachte Vandervelde folgende offizielle Antwort der Exekutive der Zweiten Internationale auf das Einladungs Schreiben des Bureaus der I. A. S. P. vom 15. Januar zur Verlesung:

Werte Genossen!

Im Besitze Ihres Vorschlags, eine allgemeine Konferenz der proletarischen Parteien einzuberufen, beehren wir uns, Ihnen unsere Zustimmung zu einer Vorbesprechung der Exekutivkomitees von London, Moskau und Wien zu übermitteln, die die Möglichkeit der Einberufung einer allgemeinen Konferenz prüfen soll.

Wir behalten uns jedoch vor, in dieser etwaigen Besprechung der drei Exekutiven folgende Fragen aufzuwerfen:

- 1. die Frage Georgiens und die des Selbstbestimmungsrechts der Völker,
- 2. die Frage der Befreiung der politischen Gefangenen.

Es wird uns indessen nur dann möglich sein, uns auf einer gemeinsamen Konferenz mit den Vertretern der dritten Internationale zu treffen, wenn wir nach der Zusammenkunft der Exekutivkomitees die Überzeugung gewinnen, daß alle dorthin kommen würden mit dem Willen, die Aktionskraft des Proletariats zu heigern und nicht neue Versuche von Zellenbildungen, von Zwietracht und von Spaltungen zu fördern. Es ist selbstverständlich, daß wir, abgesehen von diesen Vorbehalten, in bezug auf die Dritte Internationale um so lieber den in Eurem Manifest enthaltenen Vorschlägen zustimmen könnten, als diese mit den Resolutionen übereinstimmen, die wir selber im vergangenen November in Brüssel beschlossen haben.

Welches auch das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Moskauer Exekutivkomitee sein mag, so sind wir bereit, uns mit Euch auf einer Konferenz zu treffen, die an alle proletarischen Parteien appellieren würde und die als Tagesordnung diejenigen Gegenstände hätte, die in Eurem Manifest vorgeschlagen worden sind.

Mit brüderlichen Grüßen.

Emil Vandervelde (Belgien), Otto Wels (Deutschland), Tom Shaw (Großbritannien), Alfing Andersen (Dänemark), W. R. Bliegen (Holland), F. W. Jowett, Ben Tillett (Großbritannien), Cam. Hunsmans (Belgien).

Adler erklärte namens der Vertreter der I. A. S. P., daß, nachdem die Einladung zu der Sitzung der drei Exekutiven von Seiten der Vertreter der Zweiten Internationale nunmehr offiziell angenommen worden sei, eine vorläufige Aussprache über Ort, Zeit und Vertreterzahl dieser Sitzung der drei Exekutiven stattfinden möge. Als Ergebnis dieser Beratungen wurde festgestellt, daß die Sitzung der drei Exekutiven möglichst bald nach Berlin in Aussicht genommen werden möge und daß von jeder der drei Exekutiven höchstens zehn Delegierte entsendet werden mögen.

Das neue italienische Kabinett

Eine gemischt-bürgerliche Regierung

Rom, 26. Februar.

Das neue Kabinett, dessen Liste dem König überreicht worden ist, setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Inneres Facta; auswärtige Angelegenheiten Schanzer; Kolonien Amendola; Justiz Luigi Rossi; Finanzen Bertone; Schatz Peano; Krieg Discalca; Marine Devito; Unterricht Anile; Öffentliche Arbeiten Riccio; Ackerbau Bertini; Handel und Industrie Teofilo Rossi; Arbeit und Fürsorge Dellosbarba; Post Cesaro; besetzte Gebiete vorläufig Facta.

Es besteht aus acht Demokraten, und zwar den Deputierten Facta, Peano, Luigi Rossi, Devito, Cesaro, Amendola und den Senatoren Schanzer und Teofilo Rossi, weiter aus drei Mitgliedern der Katholischen Volkspartei, und zwar den Deputierten Bertone, Bertini und Anile, ferner einem Mitglied der Partei der Landwirte, dem Deputierten Discalca, einem Reformisten, dem Abgeordneten Dellosbarba, und einem Mitgliede der liberalen Rechten, dem Abgeordneten Riccio.

Die neuen Männer finden in fast allen Blättern eine günstige Aufnahme. Man erkennt, daß Facta bei der Bildung der Regierung große Schwierigkeiten zu überwinden hatte, und

erklärt, daß dem neuen Kabinett die Mehrheit der Kammer gesichert wäre.

Der sozialdemokratische „Avanti“ betrachtet die Kabinettsbildung als einen Versuch, selbst auf geradem Wege eine politische Entspannung herbeizuführen. Das Blatt meint, es wäre Zeitverlust, wenn man die Richtung und den Ursprung der gegenwärtigen Minister besonders beleuchten wolle. Unbestreitbare Tatsache sei, daß alle Giolittianer reinsten Blutes sind. Denn jede Fraktion habe von den ihren jene abgegeben, die dem Hause Giolitti am angenehmsten sind.

Sozialistische Opposition gegen Facta

Intel. Rom, 27. Februar.

Vor der Bildung des Kabinetts hatte Facta eine Unterredung mit Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktion, denen er sein Regierungsprogramm vorlegte. Er erklärte u. a., daß sein Entschluß sei, in der inneren Politik volle Gleichheit und größtmögliche Gerechtigkeit für alle Parteien zu gewährleisten. Er versprach, gegen alle Parteien mit gleicher Unparteilichkeit vorzugehen und von ihnen die genaueste Beachtung der Gesetze zu fordern. Die sozialistischen Vertreter nahmen diese Erklärung zur Kenntnis, bemerkten aber, daß angesichts der Zusammensetzung des neuen Kabinetts für die sozialistische Fraktion kein zwingender Grund bestehe, ihre oppositionelle Haltung aufzugeben.

Die Heiligkeit des Asylrechts

Eine Antwort an Minister Radbruch

Von Dr. Hans Wehberg

In der Reichstagsitzung vom 23. Februar hat Minister Radbruch nach Zeitungsberichten ausgeführt, daß in meinem in der Frage der Auslieferung der Rörder Dato erstatteten Rechtsgutachten die Frage, ob Hochverrat und demnach ein politisches Delikt vorliege, überhaupt nicht erörtert sei, daß Prof. Schäding in einem Gutachten zu einem anderen Resultate als ich gekommen sei und daß ich in dieser Frage völlig isoliert stünde. Ich habe darauf folgendes zu erwidern:

1. In meinem etwa einen Druckbogen starken Gutachten, dessen Veröffentlichung bevorsteht, habe ich zu der Frage des Hochverrats ausgeführt:

„Es kann sicherlich kein Zweifel daran bestehen, daß das gegen den Ministerpräsidenten Dato verübte Verbrechen, das ja nur das Glied in einer Kette gleichartiger Unternehmungen war, nicht seiner Privatperson galt, wie der Bericht des Rechtsbeistandes der Kgl. Spanischen Botschaft irrtümlich behauptet. Es sollte keine persönliche Rache an dem Menschen Dato verübt und auch nicht durch seine Ermordung die Vererbung seines Eigentums ermöglicht werden. Vielmehr kam es den Tätern darauf an, durch das Attentat auf den Ministerpräsidenten die Autorität des spanischen Staates zu erschüttern. Es war auf den Umsturz der Verfassung Spaniens abgesehen. Die Täter haben offenbar im Auftrage einer in Spanien verbreiteten Vereinigung gehandelt, die durch anarchistische Attentate ihren politischen Zwecken dienen will. Die Ausübung von Terrorismus ist bekanntlich das seit Eirner immer wieder erklärte Kampfmittel der Anarchisten.“

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen, wie sie übrigens auch später von anderer Seite in dem Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ vom 24. Februar vertreten worden sind, habe ich dann in der Voraussicht, daß man das Vorhandensein eines Hochverrats leugnen könnte, die wichtige Einwendung erhoben, daß von solchem Standpunkte aus keine anarchistische Tat das Privilegium des politischen Verbrechens genieße. Denn wann würden anarchistische Akte nach Radbruchs enger Interpretation des politischen Delikts je ansehenswert sein? Ich habe u. a. darauf hingewiesen, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die deutsche Literatur die Theorie, daß anarchistische Verbrechen nicht zu den politischen gezählt werden dürfen, verwirft und daß insbesondere bei den Verhandlungen über den deutsch-türkischen Auslieferungsvertrag der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Landsberg und der freisinnige Abgeordnete Prof. v. Ullst mit aller Entschiedenheit die Trennung der anarchistischen von den politischen Delikten verworfen haben.

Auf diesen entscheidenden Einwand, daß bei Annahmeseiner Theorie jede anarchistische Tat in bezug auf die Auslieferungspflicht dem gemeinen Verbrechen gleichgestellt wird und man das Asylrecht anarchistischer Verbrecher damit vollkommen illusorisch macht, ist Minister Radbruch überhaupt nicht näher eingegangen.

2. Minister Radbruch hat ferner darauf hingewiesen, daß Prof. Schäding in einem Rechtsgutachten eine von der meinen abweichende Ansicht vertreten hat. Ich behaupte, daß ein schriftliches Gutachten Prof. Schüdings überhaupt nicht besteht und daß Prof. Schäding nur gelegentlich mündlich befragt worden ist. Dabei ist ihm aber das gesamte Aktenmaterial gar nicht vorgelegt worden; er hat weder die Schriftsätze der spanischen Regierung noch mein Gutachten je gesehen. Wie kann Minister Radbruch also Professor Schäding gegen mich als Kronzeugen anführen, wenn Schäding die entscheidenden Gründe, die ich geltend gemacht habe, überhaupt nicht mitgeteilt worden sind? In einer Frage, die über Tod und Leben zweier Menschen entschied und eines der heiligsten Menschenrechte berührte, konnte natürlich die Reichsregierung ein wirklich maßgebendes Gutachten nur von einem Gelehrten einfordern, dem sie das gesamte tatsächliche und rechtliche Material zugänglich machte.

3. Herr Minister Radbruch erklärt, ich stehe in dieser Frage isoliert, und er hat gerade auch, um dies zu beweisen, meinen Freund Professor Schäding gegen mich ausgespielt. Wenn ich wirklich der einzige Jurist sein sollte, der in diesem Falle die Sache der Freiheit vertritt (was glücklicherweise nicht zutrifft), so wäre ich stolz darauf. Ich denke nicht zum wenigsten auch an Fälle wie Andreas Hofer und Charlotte Corbay, deren Morde nach der Interpretation Radbruchs auch unpolitisch sein würden, und vergegenwärtige mir diese und andere ungeheuerliche, das Asylrecht wertlos machende Folgen, wenn man Minister Radbruch zustimmen würde. Hat übrigens Minister Radbruch nicht selbst ein vernichtendes Urteil über seine Auffassung gesprochen, als er sein Ergebnis aus menschlichen wie juristischen Gründen als unerfreulich bezeichnete?

Schließlich aber ist es mir unverständlich, weshalb Minister Radbruch, der immer fortschrittliche Ansichten vertreten hat, die Tatsache einer evtl. Isolierung gegen mich geltend macht. Als Prof. Schäding das Urteil der Kommission in Sachen des Freitattalles unterschrieb, kam Prof. Radbruch seinerzeit zu mir und griff mit bitteren Worten jene Entscheidung, die

für die „Reinheit“ seiner Freunde eine ablehnende Erklärung abgab.

Keine neuen Kohlenarten

Das Kohlenamt teilt mit: Für das Heizjahr 1922/23 werden Kohlenbezugsscheine für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen sowie Kohlenbezugsscheine für Ofenbrand von Behörden nicht neu ausgegeben.

Die Eintragungen der Händler auf familiären Kohlenbezugsscheinen sind für das neue Heizjahr bis zum 15. März 1922 herbeizuführen. Die Händler haben die Eintragungsbescheinigungen bis zum 25. März 1922 dem Kohlenamt Berlin zur Abstempelung vorzulegen.

Die Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse

Großes Aufsehen erregten vor zwei Monaten Veruntreuungen bei der Berliner Polizeihauptkasse. Der Unterwachmeister der Schutzpolizei Billy Zibler, ein Mann von 25 Jahren, der aus Diederichsdorf stammt und in der Stendaler Str. 19 wohnte, hatte es als Hilfsarbeiter bei der Polizeihauptkasse verstanden, sich durch schwere Urkundenfälschungen 850 000 M. Amtsgehalt anzueignen und war eines Tages damit verschwunden.

Tödlicher Autounfall

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag auf der Berlin-Potsdamer Chaussee. In der Nähe des Restaurants Waldrieden stießen zwei in voller Fahrt befindliche Automobile zusammen. In dem einen Wagen befand sich der 28-jährige russische Staatsangehörige Michael Stobeleff, ein Bruder des früheren russischen Ministers, der in Charlottenburg, Grolmannstraße 29, wohnte, mit seiner Schwester Stobeleff wurde aus dem Wagen geschleudert und blieb bewusstlos liegen.

Zur Verkehrsnot in Tegelort und Heiligensee teilt der Magistrat mit:

Nur auf der Linie 126 von Tegelort bis Tegel ist im Vor- und Nachmittagsverkehr der 30-Minuten-Zugabstand auf 60 Minuten erweitert worden. Zu dieser Mahnahme ist die Straßenbahn zur Wahrung der Wirtschaftlichkeit verpflichtet, denn die Einnahmen auf den Linien 125 und 126 erreichen bei dem jetzigen Fahrpreis nur annähernd die Hälfte der Selbstkosten.

Wie soll der Arbeiter die Zeitung lesen? Ueber diese wichtige Frage hält Genosse Stößinger im Rahmen der Betriebsrätefrage, Dienstag, 8 Uhr, in der Weinmeisterstraße 16-17, seinen zweiten Vortrag.

Gewerkschaftliches

Unternehmer-Stipendiat

Der Deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter als Kostgänger der Unternehmer.

Aus dem Deutschen Landarbeiterverband schreibt man uns: Mit nicht immer gut gespielter Entrüstung versuchte der Deutschnationale Zentralverband der Landarbeiter jeden Verdacht von sich zu weisen, Stipendiat der Unternehmer zu sein.

Herr Franz Behrens, Reichstagsabgeordneter, Mitglied der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter, begab sich wieder einmal auf den Kriegsschauplatz. Er hatte ein neues Opfer gefunden, das seiner Ehre und der des Zentralverbandes zu nahe getreten war.

Der Zentralverband bekannte sich als geschlagen; er nahm den angebotenen Waffengang nicht an und entzog sich auf diese Weise einer Niederlage, wie sie schlimmer keinem in der deutschen Arbeiterbewegung Stehenden zuteil geworden ist.

Das wird diese gelben Leutonenjünglinge nicht abhalten, recht oft irgendeine Anprangerung mit — Verichtigungen zu „widerlegen“ und die Gerichte zu belästigen.

U.S.P.-Fraktion C. Lorenz, Tempelhofer Dienstag, 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, Fraktionssitzung bei Schlembach, Berliner, Ecke Ordensmeisterstraße. Tagesordnung: Stellungnahme zur Betriebsratwahl.

An unsere Abonnenten!

Der Verlag der „Freiheit“, des einzigen Organs und Mittelorgans im Kampfe zur Erringung der proletarischen Macht, der einzigen Interessenvertretung des Hand- und Kopfarbeiters, sieht sich leider gezwungen, abermals den Abonnementspreis zu erhöhen.

Wir bitten zum Schluß noch, unseren Votenfrauen möglichst unständige Wege zu ersparen und den Abonnementsbetrag von 25 Mark bereit zu halten, damit bei Vorlegung der März-Quittung sofortige Begleichung möglich ist.

Der Verlag der „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Streik im Tapezierergewerbe

Eine äußerst stark besuchte Versammlung aller Tapezierer und Näherinnen nahm am Sonntag, den 26. Februar, Stellung zu dem Stand der Lohnbewegung.

Der Bevollmächtigte Müller gab den Bericht von dem am Sonntag, den 25. Februar, in der Handelskammer stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern und führte aus, daß die Unternehmer gleich eingangs der Verhandlung die ultimative Forderung an die Lohnkommission stellten, die Lehrlingsfrage vollständig aus dem neuen Tarif herauszulassen, anderenfalls sie nicht verhandeln könne.

Um nicht die Verhandlungen vorzeitig abzubrechen, wurde eine Erklärung abgegeben, welche das Weiterverhandeln ermöglichte, die aber zeigte, daß der obige Punkt nicht der einzige war, welcher die Verhandlung erschwerte.

Auch in der Lohnfrage gaben die Herren ein völlig undisputables Angebot ab.

Die ganze Schermafachelei kam aber zum Ausdruck in einem Satz, der nichts mehr und nichts weniger verlangte, daß jede spätere Lohnforderung am Zahlungstag hinfällig sei.

Da einige Firmen Arbeit nach außerhalb vergeben wollen, ersuchen wir die Kollegen Transportarbeiter, die Beförderung nicht zu übernehmen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Alle Jugendlichen, die in freien Gewerkschaften organisiert sind, müssen an der Kundgebung des Ortsausschusses der Arbeiterjugend-Organisation am Mittwoch, den 1. März, abends 7 Uhr, in den Caplien-Sälen teilnehmen.

Maler. Nach Annahme des Reichstarifvertrages für das gesamte deutsche Malergewerbe hat das Haupttarifamt am 18. Februar 1922 auch die Löhne für das gesamte Vertragsgebiet festgelegt.

Bedingungen einer Streikklärung in Frankreich. Zwei Beschlüsse des letzten französischen Eisenbahnerkongresses werden auch für Deutschland von Interesse sein. Der erste bestimmt die Bedingungen für eine Streikklärung; der Gewerkschaftsbund (Conseil federal) darf nur dann den Streik erklären, wenn auf dem Wege der Abstimmung eine Bierjunkte Mehrheit der Mitglieder sich für den Streik ausgesprochen hat.

Parteiveranstaltungen

Montag, 27. Februar. 8. Vermählungsfeier, 17. Bezirk, abends 7 Uhr. Schulnische, Schulnische Petersburger Str. 4. Oberlehrerin Genossin Gerhardt spricht über ihre Erlebnisse in der Balkanländer. Gäste willkommen.

Mittwoch, 1. März. 1. Vermählungsfeier (Berlin-Mitte). Die Bezirksversammlung findet um 6 Uhr im Rathaus statt. 2. Vermählungsfeier, 4. Bezirk (Westen). Abends 7 Uhr in der Schulnische, Schulnische Petersburger Str. 4. 10. Bezirk, Bildungscommission und Kollegiumsamt. Abends 7 Uhr gemeinsame Zusammenkunft im Schiller-Palast, Poststraße, 12. Bezirk, Kommunale Kommission. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung bei Föve, Charlottenburg. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Kaiser-Friedrich-Str. 87. Mitglieder des Genossen Ebert über die politische Lage. Verschiedenes. — Geschäftsleitung 1/2 Stunde früher.

Donnerstag, 2. März. Richtenberg-Gebiet, 1. Bezirk, abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionäre bei Ebert, Rosenthaler Str. 5-6.

Bereinskalender

Zentralverband der Angehörigen, Chirurgen-Schau, Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Havelstraße 37/38, Neue Friedrichstr. 35.

Large advertisement for 'Taschen-Kalender 1922' (Pocket Calendar 1922) published by 'Freiheit' (Liberty). The ad features the USP D logo and lists the contents of the calendar, including tasks, statistics, and various notices. It also includes several smaller advertisements for theater performances, books, and services.